

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

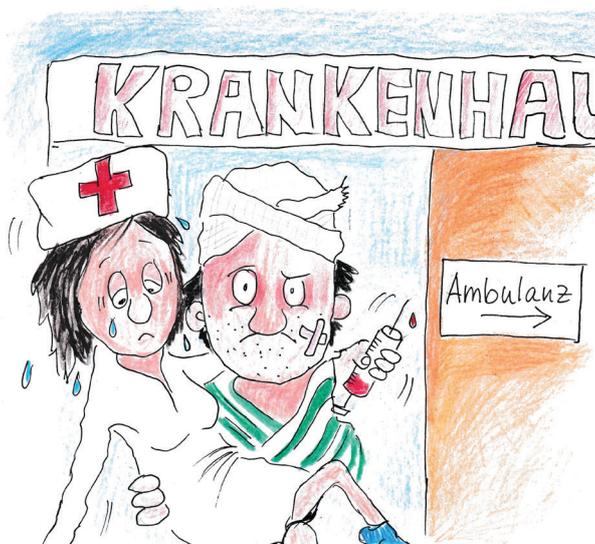
Nr. 06/53. Jahrgang

Juni 2022

Schutzgebühr: 0,40 €

Uniklinikum: Rhön AG kriegt den Hals nicht voll

Anfang des Jahres schien klar zu sein: Die Rhön AG, Betreiberin des Uniklinikums Gießen/Marburg (UKGM), erhält zusätzlich zu allen bisherigen Zahlungen des Landes 45 Mio. Euro jährlich für Investitionen. Im Gegenzug verpflichtet sie sich zum Verzicht auf Gewinnentnahme, betriebsbedingte Kündigungen und Ausgliederungen. Jetzt stellt die Konzernmutter Asklepios diese Vereinbarungen infrage und kündigt gleichzeitig frühere Verträge. Der Grund ist klar: Die Zusagen widersprechen dem Geschäftsprinzip des Konzerns. Erstes Ziel sind Profit und hohe Dividenden, alles andere wie das Wohl der Patienten und des Personals ist dem untergeordnet. Das Land Hessen bzw. die damalige CDU/



FDP-Regierung wollte mit der Privatisierung ein neoliberales Zeichen setzen (Privat vor Staat) und gleichzeitig das Geld für Investitionen sparen. Jetzt sitzt die Landesregierung in der Falle – Asklepios hat ein fast unbegrenztes

Erpressungspotenzial. Das Land ist auf das UKGM angewiesen – für die Gesundheitsversorgung einer ganzen Region und für die Ausbildung von Medizinern und anderen Gesundheitsberufen. Ohne die Mitwirkung des Klinikums gäbe es keine medizinischen Fakultäten in Gießen und Marburg, viele andere Ausbildungsplätze fielen weg. Der einzige Ausweg ist die sofortige Einleitung eines Verfahrens zur Vergesellschaftung nach Artikel 15 des Grundgesetzes. Die Fraktion der „Linken“ im Landtag fordert das schon lange und hat in einem Gutachten feststellen lassen, dass so ein Vorgehen möglich ist. Alle, die sich für

Fortsetzung auf Seite 2

Verkehrswende



Hunderte, vielleicht sogar tausende Radfahrer, nutzten die von Jörg Bergstedt angemeldete Verkehrswende-Aktion am 14. Mai dazu, den Anlagenring zu befahren. Sie genossen ein paar Stunden lang, wie entspannt Radfahren sein kann, wenn sie nicht ständig von Autofahrern bedrängt werden. Infostände, Musikgruppen, kleine Kochstationen und anderes zeigten, wie schön das Leben in der Stadt sein kann, wenn es genug Platz dafür gibt.

GL

Inhalt

Artikel für den Müll / Grüne Kettensägen	S. 2
Veranstaltungen April u. Mai	S. 3
Jugendamt / Grüne als Ausdruck des Rechtsrucks	S. 4
Ökonomische Vorgaben in Krankenhäusern / Kanonen statt Speiseöl	S. 5
Wer schützt uns vor der Polizei? / 9-Euro-Ticket	S. 6
Revolution in Indien / Gefahr des Atomkrieges	S. 7
Termine / 50 Jahre Gießener Echo	S. 8

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Fortsetzung von Seite 1

Uniklinikum: Rhön AG kriegt den Hals nicht voll

eine gute Krankenversorgung, bessere Arbeitsbedingungen für das Personal und eine gute Ausbildung für Gesundheitsberufe einsetzen, sollten für dieses Ziel kämpfen.

G.Linhart



Siehe auch www.biwieseckae.de

Ein Artikel für den Müll

"Das Problem sind wir!" So schwadroniert weitschweifig B. Möller von der „Gießener Allgemeinen Zeitung“ und ereifert sich über die „Riesenschweinnerei“. Möller klagt von Abfällen und Müllsündern, die angeblich aus „Stadtgebieten mit ungünstiger Sozialprognose“ stammen. Dabei ist seine Gazette diejenige, die jedes Saufgelage, jedes „Event“ feiert und

publiziert, besonders wenn es um die „Strandbar“ mit den Wein- und Bierevents oder das Lahnufer geht. Er befeuert den Sauf- und Fress-tourismus aus dem Umland und wundert sich, dass die Hinterlassenschaften hinterlassen werden.

Und – es ist eine Frechheit, die Bevölkerung von Gießener Stadtteilen dafür verantwortlich zu machen.

M.B.



Grüne Kettensägen bedrohen den Schwanenteich

Stellen sie sich vor: Brütende Sommerhitze, 32 Grad im Schatten, und Sie suchen Erfrischung – raus aus der engen Wohnung. Sie spazieren zum Schwanenteich, denn dort war so ein lauschiger, verwunschener Weg – Doch: nichts mit Abkühlung, alles kahl, kein Baum, kein Strauch, flirrende Hitze – Fische japsen nach Sauerstoff. Das Wasser lauwarm.

So wird es kommen, wenn Pläne der Grünen unter Ex-Bürgermeisterin Weigel-Greulich und ihres hörigen Gartenamtes verwirklicht werden. Seit über 20 Jahren hofft die Dezernentin, aus dem Schwanenteich eine Badewanne zu machen. Damals wollte sie das Gewässer Landesgartenschau-gerecht verhunzen: begradigte Ufer mit Betonwinkelsteinen, breiter Lkw-tauglicher Weg, 200 Bäume und Sträucher gefällt, Zer-

störung eines artengerechten Lebensraums. Durch Landesgartenschau und nicht fachgerechtes „auf Stock“ schneiden von Sträuchern durch das Gartenamt wurde eine der größten Teichhuhn-Populationen in Hessen zerstört.

2012 schützten über 500 Gießener mit einer Menschenkette

den Teich, 5.100 Unterschriften für ein Bürgerbegehren sammelte die Bürgerinitiative „Stoppt diese Landesgartenschau“. Die grünen Pläne mussten gestoppt werden.

Jetzt erfolgt lt. Gießener Presse ein neuer Versuch. Vorgeschobener Grund ist der (kleine) Wasserverlust des Schwanenteichs in die Wieseck. Durch gefälltte Bäume, deren Wurzeln man nicht entfernt hatte, waren Löcher entstanden. Seit 20 Jahren ist dies in der Öffentlichkeit und der Stadtregierung bekannt. Außer Sandsäcken vor den Löchern und der Sperrung des Weges für alle Bürger fiel der Stadtregierung nichts ein. Jetzt, mit den Linken und der SPD im Boot, glauben die Grünen freie Bahn zum „Kettensägen-Massaker“ zu haben. Mit dem konsequenten Widerstand der Gießener Bürger müssen sie rechnen.

M. Berger



28. April: Vormaifeier

Am 28. April fand in der gut besetzten Anschlussverwendung die Vormaifeier der DKP Gießen statt. Bernd Blümmel, stellvertretender Bezirksvorsitzender der DKP, sprach über die Entwicklung der Gewerkschaften und die Schwierigkeiten, die Lohnabhängigen zum Arbeitskampf in den Gewerkschaften zu motivieren. Wir sollten es als Aufgabe verstehen, Bündnisse zu schaffen, die auf die Gewerkschaften zugehen, für sie und mit ihnen Soli-

darität organisieren. Es ist einfach, Ergebnisse von Tarifkämpfen zu kritisieren. Schwieriger ist es, an ihnen teilzuhaben und durch Öffentlichkeitsarbeit die Wirkung der Streiks und die Kampfkraft der Streikenden zu stärken und im Zuge dessen Einfluss zu gewinnen.

Im Anschluss trug Kai Degenhardt alte und neue Lieder, darunter eigene und welche von seinem Vater vor. Diese Mischung aus sentimentalem und kämpferischem

Liedgut rundete den Abend ab.

Martina Lennartz



1. Mai: Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse

Heraus zum 1. Mai! In Gießen



folgten 400 Teilnehmer diesem Aufruf. Dieser Kapitalismus ist die Krise für die arbeitenden Menschen, denen die Lasten des aggressiven Imperialismus aufgebürdet werden. Nicht nur Inflation, niedrige Löhne und hohe Warenpreise machen das Leben schwer. Jetzt kommen auch noch die gigantischen Kosten der politischen und militärischen Außenpolitik der



regierenden Kaste für die arbeitende Mehrheit oben drauf. Deswegen hörte man vor allem im roten Block folgende Losungen: "Deutsche Waffen, deutsches Geld - morden mit in aller Welt", "Hoch mit den Löhnen - runter mit den Mieten", "Noch mehr Rüstung, noch mehr Waffen - werden keinen Frieden schaffen."

ML

3. Mai: Wolf Wetzel zum Ukrainekrieg

Die Veranstaltung mit Wolf Wetzel, Journalist und Publizist, zum Thema „Krieg in der Ukraine und die deutsche Linke“ am 3. Mai war vor Ort wie auch online sehr gut besucht. Wetzel konnte aufgrund einer Erkrankung nicht nach Gießen kommen, erörterte aber *online* die widersprüchlichen Aussagen der Linken zu dem Krieg in der Ukraine.

Nach einem interessanten Referat beantwortete er viele Fragen. Es entstand eine lebhafte Diskussion, in der deutlich wurde, dass auch innerhalb der LINKEN und linker Kräfte Probleme dann auftauchen, wenn man Kriege moralisch statt geschichtlich zu erklären versucht.

ML



9. Mai: Tag der Befreiung vom Faschismus



Am 9. Mai fand eine Kundgebung von DKP und SDAJ am Kreuzplatz in Gießen statt, bei der wir den Beiträgen der Sowjets zur Befreiung vom deutschen Faschismus gedachten.

Der Sieg vor 77 Jahren bedeutete vor allem für die Arbeiterklassen aller vom deutschen Imperialismus besetzten Länder Befreiung. Alle beteiligten Armeen retteten

damals die Welt vor der bis dahin verbrecherischsten Ausgeburd des Imperialismus. Bei der Kundgebung wurde auch gefordert, der 8. Mai solle Feiertag werden, wie es schon Esther Bejarano tat. „Es geht durch die Welt ein Geflüster. Arbeiter, hörst du es nicht? Das sind die Stimmen der Kriegsminister. Arbeiter, hörst du sie nicht?“ (Ernst Busch)

ML

„Jugendamt: *come in and burn out*“

Die Verhandlungsrunde „Soziales und Erziehung“ führte auch in Gießen zu einem Warnstreik, an dem 500 Streikende teilnahmen. Es war der zweite bundesweite Warnstreik von Erzieher*innen, Kinderpfleger*innen, Sozialassistent*innen und anderen Berufsgruppen aus Kitas und Mitarbeiter*innen im Ganztags-Angebot in Schulen.

Bundesweit streikten 45.000 Kolleg*innen, um vor der dritten Verhandlungsrunde Druck auf die kommunalen Arbeitgeberverbände zu erzeugen. Die Erzieher*innen haben keine Zeit für Vor- und Nachbereitung und es gibt zu wenig Personal. Die Aussicht auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen stößt auf großen Zuspruch. Viele der jetzt Streikenden sind neu dabei und direkt in ver.di eingetreten.

Mit Sprechchören, Trillerpfeifen und selbstgemalten Schildern brach-

ten die Demonstrierenden ihren Unmut gegen die unzumutbaren Bedingungen zum Ausdruck. Die beliebteste Parole: „Ohne Druck



Verarmung nach Plan

Trotz immer vollerer Kassen bleibt es bei „Haubitzen statt Rindfleisch“

wird sich nichts verändern“. Diesen Druck haben die Beschäftigten seit dem 8. März, dem ersten Streiktag, aufgebaut und verstärkt.

Es wurde auch kritisiert, dass über Nacht 100 Milliarden Euro für das Militär lockergemacht wurden, aber für die Kolleg*innen nicht einmal eine halbe Milliarde Euro zur Verfügung stehen.

Aktuell beginnen die nächsten Verhandlungen zu einem neuen Tarifvertrag. Jens Ahäuser, aus dem Landesbezirk bei ver.di, rief den Demonstrant*innen zu: "Was ist bisher passiert? Nix!" Viele gingen daraufhin Richtung Rathaus und hoben ihre Hände mit der Botschaft "Rote Karte für VKA-Blockade" in die Höhe. VKA steht für *Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände*. Bis Redaktionsschluss lagen keine Ergebnisse vor.

Die DKP solidarisiert sich mit den Kolleg*innen und unterstützt den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen.

Martina Lennartz

Die Grünen als Ausdruck des Rechtsrucks



Die letzten Wahlen im Saarland, Schleswig-Holstein und NRW zeigen weiter den seit Jahren anhaltenden Trend, dass die Wahlbeteiligung sinkt. Für einen größer werdenden Teil der Bevölkerung bietet das politische System kein „Angebot“ mehr. Die Grünen werden stärker, die Regierungsbildung schwieriger, politische Ideologien spielen keine Rolle mehr, Politik orientiert sich an einem bestimmten

Teil einer akademisierten Mittelschicht. Gleichzeitig gelten 16 % der deutschen Bevölkerung als arm. Die Armen werden ärmer, die Reichen reicher und die Mittelschicht schrumpft. Laut der NGO Oxfam (siehe: oxfam.de) **besitzen weltweit aktuell 42 Reiche so viel wie 3,7 Milliarden Menschen**. Die Gesamtzahl der Milliardäre hat sich seit der Finanzkrise 2008 fast verdoppelt. Die zehn reichsten Deutschen konnten ihr Vermögen im Verlauf der Pandemie um rund 35% steigern.

Die neoliberale Offensive des Monopolkapitals nach Ende des Kalten Krieges führte zur Erosion der Mittelschicht. Sie kann die Ursache ihrer Krise nicht im Kapitalismus sehen. Der Aufstieg der AfD erklärt sich daraus. Mit ihrer Orientierung auf Nationalismus, starken Staat, bis hin zu Neofaschismus richtet sie sich gegen die Dominanz des US-dominierten Finanzkapitalismus. Auch der Aufstieg der Grünen ist dieser Veränderung geschuldet. Die Wähler der Grünen finden die aktuelle Entwicklung im Prinzip gut und gehen deshalb wählen. Sie wollen Finanzkapitalismus mit men-

schlichem Antlitz (ökologischer Umbau). Was die Partei in ein Bündnis mit dem US-Imperialismus führt. Die anderen bürgerlichen Parteien müssen ständig um ihre Wähler kämpfen, während die Grünen und die AfD eine stabile Stammwählerschaft haben. Die sich zuspitzende Krise des Kapitalismus wird die Erosion der Mittelschichten weiter beschleunigen. Die Grünen werden sich weiter nach rechts bewegen. Ihre Umgangsformen sind linksliberal, aber ihre Politik militaristisch und neoliberal. Sie sind Ausdruck der Illusion, die sich zuspitzende Krise des Kapitalismus ließe einen „klimagerechten Wohlstand“ zu.

Henning Mächerle



Ökonomische Vorgaben gefährden Leben und Gesundheit

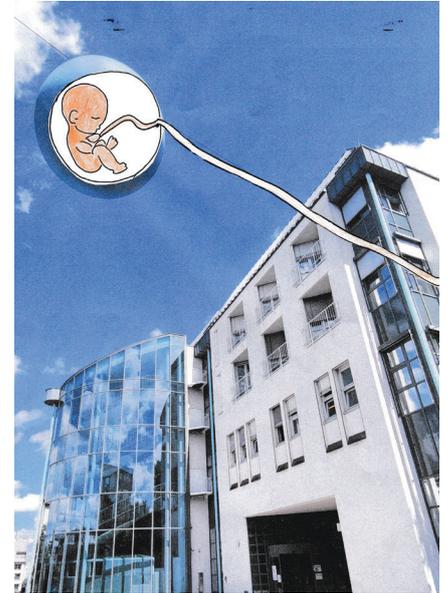
In Deutschland wurde vor fast 20 Jahren die Finanzierung von Krankenhäusern von der bis dahin üblichen Kostenerstattung auf Fallpauschalen umgestellt. Die Fallpauschalen für Geburtshilfe wurden fatalerweise so festgelegt, dass sie bei natürlichen Geburten fast nie die Kosten decken, bei Kaiserschnitten aber Gewinne einbringen. Das führte dazu, dass inzwischen etwa 30% der Kinder durch diese Operation geboren werden. In Großbritannien verlief die Entwicklung anders. Es gibt ein noch weitgehend staatliches Gesundheitswesen, bei dem den Einrichtungen die Kosten erstattet werden. Aber auch dort hat sich ökonomisches Denken breitgemacht. Die Finanzierung von Kliniken ist abhängig davon, wie deren Qualität eingeschätzt wird. Für Geburtskliniken gilt als Maßstab, wie

niedrig die Quote der Kaiserschnitte ist – je weniger solche Operationen, desto mehr Geld gibt es. Das hat dazu geführt, dass Kaiserschnitte vermieden werden, auch wenn sie medizinisch geboten wären.

Die Folgen hat jetzt eine landesweite Untersuchung aufgedeckt: Wegen unterlassener Operationen sind in den letzten Jahren etwa 200 Babys bei oder kurz nach der Geburt verstorben, andere erlitten Schädelverletzungen, Knochenbrüche oder Hirnschäden. Auch Mütter kamen zu Schaden. Die Entwicklung in Deutschland und Großbritannien zeigt: Medizinische Entscheidungen sind am besten, wenn Ärzte und Ärztinnen sie aus rein medizinischen Gründen treffen. Profitmedizin schadet Leben und Gesundheit und muss bekämpft werden.

(Informationen aus Dr. Holtschiks Diagnose, Frankfurter Rundschau vom 30.04.22)

G.Linhart



Manchmal hängt das Leben am seidenen Faden

Kanonen statt Speiseöl

In allen deutschen Medien, außer ein paar kleinen linken, wird für mehr Sanktionen gegen Russland, Verzicht auf alle Importe, Boykott

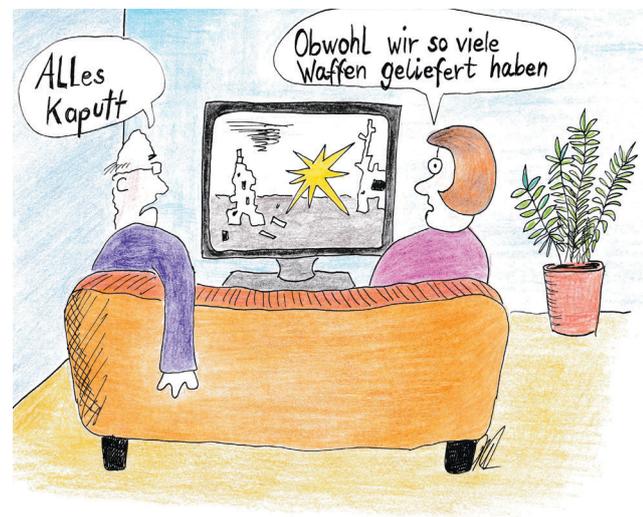


aller künstlerischen und wissenschaftlichen Kontakte geworben. Kein politisches oder kulturelles Magazin, keine sogenannte Satire-sendung (Tucholski: *Satire, die Panzerkreuzer fordert, ist keine*) kommt ohne Hetze gegen alles Russische aus. Die Forderung nach mehr und immer schwereren Waffen gehört zur Tagesordnung. Die wenigsten machen sich Gedanken, was das für unser Land bedeuten würde. Je länger der Krieg dauert,

desto größer werden die Folgen auch für uns. Ein Beispiel: Seit Anfang März ist es fast unmöglich, geschmacksneutrales Speiseöl zu kaufen. Die Handelskonzerne, die selbst die exotischsten Produkte aus aller Welt beschaffen können, wenn es zahlungskräftige Nachfrage gibt, sind offensichtlich nicht in der Lage, ein Allerweltsprodukt wie Sonnenblumen- oder Rapsöl in ausreichender Menge zu beschaffen – und wenn, dann nur zum dreifachen Preis. Wie soll dann der Ausfall von Erdöl, Erdgas, Nickel, Platin, Tantal und was sonst noch aus Russland kommt, ersetzt werden? Wenn wir schon in einem hoch entwickelten reichen Land die Folgen spüren, wie sieht es dann in den armen Ländern aus? Trotzdem zeigen sich die Regierungen der NATO-Staaten, allen voran die der USA und Großbritanniens, an einem möglichst langen Krieg interessiert. Jeder Tag Krieg bedeutet mehr

Tote und Verletzte, mehr Zerstörung von Gebäuden und Infrastruktur. Auch Waffen der ukrainischen Armee treffen nicht nur russische Panzer, sondern auch Anlagen im eigenen Land. In Afghanistan, Syrien, Irak, Jemen usw. kann man sehen, wie ein Krieg mit den heute gebräuchlichen Waffen ein Land zurichtet. Alle Bemühungen müssen darauf gerichtet sein, sofort einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen zu erreichen.

G. Linhart



Wer schützt uns vor der Polizei? – Mord durch Polizisten in Mannheim?

Am 2. Mai wurde in Mannheim ein psychisch erkrankter Mann mit Migrationshintergrund mutmaßlich von der Polizei ermordet. Der Arzt des Opfers aus dem Zentralinstitut für seelische Gesundheit Mannheim hatte zuvor die Polizei kontaktiert, weil sein Patient Hilfe benötigte. Worum es genau ging, ist bisher unklar. Auf zahlreichen Videos und Bildern von Passant:innen ist der mutmaßliche Mord dokumentiert, die Polizisten hatten ihre *Bodycams* während der Tat abgeschaltet. Sie drückten den herzschwachen Mann zu Boden, pressten ihm ihre Knie auf den Rücken und einer der Polizisten schlug auf den Kopf des Opfers. Dieses verlor das Bewusstsein und verstarb kurze Zeit später. Diese

Praxis hat schon 2020 bei George Floyd in Minnesota zum Tod geführt, in Folge dessen bekam die *Black Lives Matter* Bewegung großen Zulauf.

In der Pressemitteilung der Polizei Mannheim vom 02. Mai hieß es: „Der 47-Jährige kollabierte plötzlich und wurde aus bislang unbekannter Ursache reanimationspflichtig.“ Durch das „plötzlich“ sollte wohl die massive Gewaltanwendung im Vorfeld vertuscht werden. Am gleichen Tag demonstrierten über 1.000 Menschen in Mannheim unter dem Motto "Trauer-Wut-Widerstand. Wer schützt uns vor der Polizei?". Mittlerweile wird auch vonseiten des Staates von Spuren der stumpfen Gewalt am Körper der

Leiche gesprochen und gegen die mutmaßlichen Täter wurde ein vorläufiges Ermittlungsverfahren eingeleitet. Fälle wie Oury Jalloh, der 2005 in einer Zelle in Dessau nach schwerer Misshandlung in Polizeigewahrsam lebend verbrannte oder Dominique Koumadio, der 2007 in Dortmund von einem Polizisten erschossen wurde und knapp 200 weitere bekannte rassistische Morde in Deutschland seit 1990, zeigen, Rassismus endet oft tödlich und ist im Staatsapparat verbreitet. Ohne massiven Protest aus der Bevölkerung werden Morde durch Staatsdiener selten aufgeklärt.

Tobias Salin

9-Euro-Ticket beschlossen – ÖPNV weiter unterfinanziert

Seit Juni können alle für 9 Euro monatlich drei Monate durch Deutschland fahren. Aber der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) bleibt unterfinanziert.

Länder und Kommunen hatten auf Finanzierungslücken hingewiesen und 5,6 Mrd. Euro gefordert. Die Mittel sollten den ÖPNV-Ausbau ermöglichen und helfen, den Fahrgastansturm aufzufangen. DB Regio-Betriebsrat und die Eisenbahngewerkschaft EVG hatten vor Überlastung gewarnt, würde das

„9-Euro-Ticket“ ohne Aufstockung des Verkehrsangebotes eingeführt.

Die Ampelkoalition besserte nicht nach, sondern senkte den Bundeszuschuss von 4,2 auf 3,7 Mrd. Euro ab. Das anschließende Hin und Her bestimmte die Schlagzeilen. Doch der Länderaufstand entpuppte sich als Sturm im Wasserglas. Der Bundesrat wärmte die Probleme auf, ohne Perspektiven zu bieten. Der baden-württembergische Verkehrsminister Hermann (Grüne) warnte, das Ticket könne sich zum „Abschreckungsmodell“ entwickeln, wenn Fahrgäste vor überfüllten Zügen stünden. Die Bremer Bürgermeisterin Schaefer (Grüne) sprach von einem „Sommerfreizeiticket“ mit zweifelhafter Nachhaltigkeit. Die Mittel reichten nicht einmal aus, „das bisherige Angebot fortzuführen“. Dass sie dennoch zustimmten, begründeten die Landesregierungen mit fortgeschrittener Planung, dem begonnenen Verkauf und der Vorfreude der Menschen.

Die andauernde Unterfinanzierung des Nahverkehrs könnte bald zu drastischen Einschnitten führen. Kommunen, Bundesländer und Verbände befürchten hohen

Kostendruck, steigende Ticketpreise und ausgedünnte Fahrpläne. Mit einem Entschließungsantrag fordern die Länder deshalb dauerhaft höhere Regionalisierungsmittel für die Verkehrswende. Ob die Ampel darauf eingeht und dem Ticketrabatt eine Stärkung des ÖPNV folgen lässt, bleibt fraglich. Gespräche darüber sollen frühestens im Herbst geführt werden.

Sicher ist hingegen, dass die Inszenierung des Streits um das Ticket andere Entscheidungen aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt hat. In derselben Sitzung schaffte der Bundesrat mittels „LNG-Beschleunigungsgesetz“ die Umweltverträglichkeitsprüfung für Flüssiggas-Terminals ab, wenn sie „einen relevanten Beitrag leisten, um eine Krise der Gasversorgung zu bewältigen oder abzuwenden“. Minister Buchholz (Schleswig-Holstein, FDP) begrüßte dies als „Blaupause für viele andere Verfahrensregelungen in Deutschland“ und forderte Ähnliches „für das eine oder andere Straßenprojekt“.

M.L.



Revolution in Indien?

Wenn wir an Indien denken, denken die meisten von uns an ein Land, welches durch ein ungerechtes Kastensystem gekennzeichnet ist. Familie Nehru-Gandhi und die Kongresspartei prägten seit Jahrzehnten die Politik.

Die wenigsten denken daran, dass Indien seit den 1920er Jahren eine starke Arbeiter- und Bauernbewegung besitzt.

Zu Zeiten des Kalten Krieges war Indien stark an der Sowjetunion orientiert. Der Staat hatte über Staatsbetriebe und die Subventionierung der Landwirtschaft eine starke Stellung inne. Trotz des Endes der Sowjetunion und der darauf folgenden Dominanz des Neoliberalismus schreckten alle bisherigen indischen Regierungen vor der Veränderung dieses Zustandes zurück. Erst der seit 2014 regierende Premierminister Narendra Modi und die indische Volkspartei wollen die indische Wirtschaft dem internationalen Finanzkapital

endgültig öffnen.

Er steht für einen ausgeprägten Hindunationalismus, eine autoritäre und neoliberale Politik. Seine Politik führte zum größten Streik der Geschichte. Am 26.11.2020 fand ein Generalstreik mit 250 Mio. Teilnehmern statt. Der Streik wurde von zehn Gewerkschaften und verschiedenen linken Parteien wie der Kommunistischen Partei Indiens (Marxisten) organisiert. Diese ist aktuell mit 985.757 Mitgliedern die größte kommunistische Partei Indiens. Im März 2022 folgte ein zweitägiger Generalstreik, an dem sich wieder Millionen von Arbeitern beteiligten, besonders Beschäftigte von Staatsbetrieben, die privatisiert werden sollen.

In der indischen Bevölkerung herrscht immense Wut über Massenarbeitslosigkeit, stark steigende Preise für Lebensmittel und Treibstoff, massenhafte Armut und das Fehlen der grundlegendsten staatlichen Dienstleistungen wie

Gesundheitsversorgung und Bildung.

Die Indische Volkspartei hat mittlerweile die seit Jahrzehnten regierende Kongresspartei überflügelt. Der Hindunationalismus scheint für die herrschende Klasse ein Mittel zu sein, um die Wut der Bevölkerung nicht in Richtung Revolution, sondern zum Nationalismus hin umzulenken.

Henning Mächerle



Die Gefahr des Atomkriegs wächst

Es ist erschütternd, wie in der jetzigen politischen Weltsituation die Medien bei uns allesamt antirussischer Propaganda freien Lauf lassen. Es ist, als habe der für die Menschen in der Ukraine furchtbare Krieg erst vor wenigen Wochen begonnen.



In Wahrheit begann dieser Krieg schon vor über zwanzig Jahren, als Russlands schamlos betrogen wurde. Als Deutschland vereinigt wurde und die russischen Truppen abzogen, versicherten US-Außenminister Baker, Minister Genscher und viele andere, die NATO werde „ihren Einflussbereich nicht einen Inch weiter nach Osten ausdehnen.“ Aber dann wurden 1999 bereits Polen, Tschechien und Ungarn

Mitglied der NATO. 2004 folgten Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien, 2008 Albanien und Kroatien.

2014 wurde in der Ukraine ein Putsch inszeniert, der den bisherigen Präsidenten durch einen Gegner Russlands ersetzte. Die Ukraine nahm Kurs auf eine NATO-Mitgliedschaft. NATO-Waffen gegen Russland in der Ukraine, nachdem solche schon in Polen und Rumänien stationiert sind, bedeuten, den feindlichen Ring um Russland schließen, dem Land das Messer an die Kehle setzen.

In Deutschland erhebt sich kaum eine Stimme der Vernunft, die dafür eintritt, die Situation zu entschärfen, die Ukraine zu einem neutralen Staat zu machen. Man denke an Österreich, das 1955 mit dem Abzug der Sowjetarmee seine Souveränität und Neutralität erhielt. Noch am ehesten gibt es Stimmen einzelner Konservativer,

wie vom pensionierten Generalmajor der Bundeswehr, Schulze-Rhonhof, der sich auf Bismarck beruft, dass ein jeder Staat auch die Interessen seiner Nachbarn beachten müsse. Aber Deutschland ist seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges einen kontinuierlich kriegslüsternen Weg gegangen (Jugoslawien, Afghanistan, Mali) und Überlegungen der Vernunft sind nicht mehr gefragt. Klaus Mewes



Termine

Fragen oder Anmeldungen an
giessen@dkp.de 

03. und 17.06.2022 um 19 Uhr:
Stammtisch der DKP GI

04.06.2022 ab 10:30 Uhr:
Infostand am Kugelbrunnen

09.06.2022 um 19:00 Uhr:
Gruppenabend DKP GI,
Versailles-Zimmer Kongresshalle

11.06.2022 ab 9:30 Uhr:
Seminar "Gute Artikel für
kommunistische Kleinzeitungen",
Anmeldung an giessen@dkp.de

22.06.2022:
Redaktionsschluss Juli-Echo

02.07.2022 um 8:00 Uhr:



*Fahrt nach
Buchenwald*
der DKP und
VVN-BdA GI

Mit der
Bitte um
Anmeldung!

09.07.2022 ab 10:30 Uhr:
Infostand am Kugelbrunnen

Lösung des Kreuzworträtsels
im Mai-Echo:
KAPITALISMUS TOETET

Gießener Echo

**Bitte Abogebühren bezahlen
und spenden!**

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP
Gießen; verantwort.: Gernot Linhart,
erscheint monatlich. Bezugsge-
bühren: 30 Euro im Jahr (inkl.
Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025
0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel
geben nicht unbedingt die
Meinung des Redaktionskollektivs
des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an:
Gießener Echo,
Postfach 110340, 35348 Gießen,
E-Mail: giessen@dkp.de
Im Internet: www.giessen.dkp.de

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** gab es in Gießen wie in der gesamten Bundesrepublik heftige Auseinandersetzungen wegen der von der SPD/FDP-Regierung ausgehandelten Verträge mit Polen und der Sowjetunion. Im damaligen Notaufnahmeflager am Meisenborner Weg legten Neonazis mehrere hundert Extrablätter der rechtsradikalen „Nationalzeitung“ aus. Der damals dort untergebrachte Verfassungsschutz, der Lagerleiter Dörr (SPD) und der dort tätige CDU-Stadtverordnete Brauner schauten tatenlos zu, wie die dort untergebrachten Flüchtlinge verhetzt werden sollten.

Vor **40 Jahren** veranstalteten die Schülerinnen der Ricarda-Huch-Schule eine Aktionswoche gegen die vom CDU-Magistrat geplante Verlegung ihrer Schule nach Klein Linden. Was die Schülerinnen auf die Beine brachten, war beeindruckend. Fredrik Vahle, die Gießener Songgruppe und die Theatergruppe „Katakomben“ traten auf, politisch brisante Filme wurden gezeigt, ein Schülercafé wurde eingerichtet. Bekanntlich befindet sich die Schule immer noch in der Westanlage.

Vor **30 Jahren** nahm der Abstieg der einstmals renommierten Maschinenfabrik Heyligenstedt Fahrt auf. Einige Jahre vorher war die Firma

vom Rinn-Clan an die südkoreanische Moonsekte verkauft worden. Gegen die eingesetzten unfähigen Manager hatten Betriebsrat und Beschäftigte keine Chance. Nach mehreren Besitzerwechseln blieben ein kleiner Spezialbetrieb und ein großes Gelände mit unterschiedlicher Nutzung übrig.

Vor **20 Jahren** trafen sich Altnazis vom Kampfgeschwader „Greif“ wieder einmal in Gießen. Nach einem Beschluss der Stadtverordneten zur Wiederherstellung des Schandmales an der Licher Gabel witterten sie Morgenluft. Zusammen mit aktiven Bundeswehroffizieren verharmlosten sie die Wehrmacht und verherrlichten deren militärische Leistungen. Im gleichen Jahr trafen sich Wehrmachtshelferinnen, die in Gießen ausgebildet wurden, zu nostalgischen Feiern.

Vor **10 Jahren** wurde nach und nach bekannt, was mit der Landesgartenschau auf die Gießener Bürger zukommt. Die Ringallee wurde zu diesem Anlass aufwendig umgestaltet. Einen großen Teil der Kosten mussten die Anwohner tragen. Wegen der damals noch gültigen Straßenbeitragssatzung konnten sie kräftig zur Kasse gebeten werden.

G.L.

Eigentlich unglaublich, daß ihnen das immer wieder gelingt

Deinem Urgroßvater
Haben sie erzählt:
Gegen den Erbfeind.
Für das Vaterland.

Und er hat das tatsächlich
geglaubt.

Was hat er gekriegt?
Granatsplitter in Beine
Und Kopp
Vor Verdun.

Deinem Großvater sagten
sie:

Gegen die slawischen
Horden.
Für die abendländische
Kultur.

Er hat das wirklich geglaubt.

Was hat er gekriegt?
Bauchschuß und
Einen verrückten Kopp
Vor Stalingrad.

Deinem Vater
erzählen sie jetzt:

Gegen die
Völkermörder.

Für die
Menschenrechte.

Für den Frieden.

Unglaublich - er glaubt's.

Was er wohl kriegt?

Und wo wird das sein -
Diesmal?

von Franz Josef Degenhardt

